

Probleme einer dynamischen Wirtschaft

I

Die derzeitige Wirtschaftsforschung leugnet nicht den dynamischen Charakter der Wirtschaft der hochindustrialisierten Gesellschaft, in der wir leben; dennoch erwecken wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen nur zu häufig den Anschein, als ob die gegenwärtige Wirtschaftsweise zwar mal besser und mal schlechter funktioniere, aber keineswegs im Wandel begriffen sei. Die Erforschung der der Wirtschaftsweise innewohnenden Entwicklungstendenzen sollte jedoch das wesentliche Anliegen der Wirtschaftswissenschaft sein. Es geht dieser aber ähnlich wie der Soziologie, der, wie *Ralf Dahrendorf* kürzlich festgestellt hat¹⁾, die Beunruhigung durch Probleme fehlt. Aufgabe der hier folgenden kurzen Übersicht ist es, auf einen Problembereich hinzuweisen, der von der Dynamik unseres Wirtschaftslebens geformt wird.

II

Die strukturellen Veränderungen, die sich bereits seit einiger Zeit in der amerikanischen Wirtschaft zeigen, sind geeignet, einer Untersuchung der der Wirtschaft immanenten Entwicklungstendenzen als Leitfaden zu dienen. Seit dem Jahre 1957 hat die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten im Durchschnitt 6 vH der arbeitsfähigen Bevölkerung ausgemacht. Seit der großen Krise ist dies der höchste Prozentsatz über einen so langen Zeitraum. Dieser Prozentsatz schwankt etwas von Jahr zu Jahr, dem Auf und Ab der Konjunktur folgend. Die Arbeitslosigkeit selber aber ist nicht das Resultat von Konjunkturschwankungen, sondern entspringt einer strukturellen Veränderung der Wirtschaft.

Diese Arbeitslosigkeit hält das amerikanische Nationaleinkommen um 35 bis 40 Md. Dollar unter seinem möglichen Stand. Sie ist im wesentlichen das Resultat jener technischen Verbesserungen, die man unter dem Namen Automation zusammenzufassen pflegt.²⁾ Die folgenden Zahlen veranschaulichen den Zusammenhang:

Im Jahre 1953 produzierten 917 000 Autoarbeiter 7,3 Millionen Autos, Lastwagen und Automobile. Im Jahre 1963 produzierten 723 000 Arbeiter 8,3 Millionen Wagen. (*Newsweek*, 1. April 1963.)

In einer Untersuchung, die 200 herstellende Industrien betraf, fand das *Bureau of Labor Statistics*, daß von 1957 bis 1961 die Produktion je Arbeitsstunde um 17,7 vH gestiegen war, während die Beschäftigung von Arbeitern in der Produktion um 8,4 vH oder 1,1 Millionen Arbeiter gefallen war. (*Business Week*, 16. November 1963.)

Eine der Fragen, denen nachzugehen also ratsam erscheinen müßte, ist, wann und unter welchen Umständen Investitionen im wesentlichen auf die arbeitssparenden technischen Neuerungen ausgerichtet werden. In den Nachkriegsjahren dienten in Europa die Investitionen in erster Linie der Wiederherstellung der Produktion und der Ausweitung der Kapazität. Heute aber ist in vielen Industrien bereits eine Überkapazität vorhanden oder sie kann in Kürze erwartet werden. Neue Anlagen werden daher in Zukunft, wie heute in den Vereinigten Staaten, vorzugsweise der Arbeitseinsparung dienen. Schon auf der Hauptversammlung der Aktionäre der AEG vom 22. März 1963 sagte der Vorsitzende der Vorstände Dr. *Hans Heyne*: „Das Schwergewicht (der zukünftigen Investitionen) wird dabei eindeutig auf der Rationalisierung und Modernisierung der Betriebe liegen, zumal wir in den vergangenen zwei Jahren hinreichend neue Kapazitäten geschaffen haben, in die wir teilweise noch nicht hineingewachsen sind.“

1) Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Freiheit*. München 1962. S. 102.

2) Über den gegenwärtigen Stand der Automation vgl. Friedrich Pollock: *Automation. Materialien zur Beurteilung ihrer ökonomischen und sozialen Folgen*. Neubearbeitete Aufl. Frankfurt/M. 1963.

III

Die arbeitssparende Rationalisierung hat jedoch eine Reihe von Folgen, die sich einerseits aus dem ökonomischen, andererseits aus dem technischen Charakter dieser Art von Investitionen ergeben.

Die neuen arbeitssparenden Anlagen, die unter den Begriff der Automation fallen, sind außerordentlich kostspielig. Sie können entweder von besonders kapitalstarken Großunternehmen finanziert werden — in diesem Fall verstärken sie deren Überlegenheit gegenüber schwächeren Unternehmen — oder sie müssen zur Zusammenlegung von Unternehmen führen. Diese Zusammenlegungen können sowohl aus ökonomischen als aus technischen Gründen erfolgen. Dabei mag im Auge behalten werden, daß sich im Gebiet der EWG die allgemeine Tendenz zur Konzentration durch die Entstehung des größeren Marktgebietes verstärkt. In der oben zitierten Rede sagte Dr. *Hans Heyne* dazu:

„Diese Wandlungen, die vom engen Binnenmarkt zum größeren Gemeinsamen Markt führen, sollten zwangsläufig auch die Vorstellungen über die wirtschaftlich sinnvolle Größenordnung der Unternehmungen und die Formen der überbetrieblichen sowie internationalen Zusammenarbeit beeinflussen. Die Konzentrationsdebatte, die vor Jahren bei uns begann, muß deshalb heute unter ganz anderen Perspektiven gesehen werden.“

Dr. *Heyne* betonte weiterhin, daß der Fortgang der Konzentration notwendig wäre, um der internationalen Konkurrenz zu widerstehen. Diese Konkurrenz wiederum muß früher oder später die Benutzung der arbeitssparenden Anlagen erzwingen, die ihrerseits den Konzentrationsprozeß vorwärtstreiben. Als Folge dieses Konzentrationsprozesses muß die Wirtschaftspolitik der Großunternehmen und des Staates weiter ineinanderwachsen. Nicht nur sind, wie wir wissen, solche Unternehmen für jede Änderung staatlicher Wirtschaftspolitik sehr empfindlich, sondern auch: je größer sie sind, desto mehr muß ihre „private“ Geschäftspolitik das Wohl und Wehe des Staates beeinflussen. Es gehört zur staatlichen Politik, die Existenz der Großunternehmen zu schützen, weil jeder Schaden, der ihnen zustieße, dem Staat schwere wirtschaftliche und soziale Schäden zufügen würde. So muß sich eine immer engere persönliche Integration der Staats- und Wirtschaftsspitzen ergeben, wie sie in jüngster Zeit etwa symbolisiert wurde durch die Ernennung des Generaldirektors von General Motors zum amerikanischen Kriegsminister, durch die Berufung des ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten *Petitpierre* in die Direktion des Nestlé Konzerns und durch die Freundschaft *Adenauer-Pferdmenges* in Deutschland.

Je weiter die Konzentration in der Wirtschaft fortschreitet, desto mehr werden die großen Konzerne und Monopole zu den Trägern wirtschaftlichen Wachstums und um so mehr muß daher ihre Geschäftspolitik Gegenstand des allgemeinen Interesses werden. Die Ordnungsfunktion des Wirtschaftens muß so zunehmend in zentrale Entscheidungen verlegt werden und Marktgeschehen wird weiterhin als Ordnungsfaktor durch Wirtschaftspolitik und Marktregelung ersetzt.

IV

Die aus den Investitionen in arbeitssparenden Anlagen entstandene Arbeitslosigkeit ist in den Vereinigten Staaten in sogenannten „Taschen“ aufgetreten, d. h. sie hat sich dort konzentriert, wo die Industrien sich ballen, in denen die automatischen Anlagen eine besonders große Rolle spielen können. Dieses Auftreten der Arbeitslosigkeit in „Taschen“ hat dazu geführt, daß ihre Folgen sich nicht allgemein bemerkbar machen und ein großer Teil des Landes unbeschwert im Gefühl der Konjunktur lebt. Maßnahmen für die Betroffenen erscheinen daher weniger dringlich. Welcher Art Maßnahmen aber gegen

die strukturelle Arbeitslosigkeit getroffen werden, das kann die weitere Entwicklung der Wirtschaft entscheidend beeinflussen.

Die amerikanische Regierung glaubt, daß es möglich ist, durch eine Verbesserung der Konjunkturlage, d. h. durch eine Erhöhung der Investitionsrate und durch stärkeren privaten Konsum die Arbeitslosigkeit wesentlich zu verringern. Dies soll nicht durch Erhöhung der Staatsausgaben erreicht werden, sondern durch Herabsetzung der Steuersätze. Dem Gesetzgeber, der ein Anwachsen des Staatsdefizits einerseits und der inflationären Tendenzen andererseits fürchtet, wird eine Verminderung der Staatsausgaben versprochen, die die Mindereinnahme von Steuern ausgleichen soll. Da aber ungefähr ein Fünftel der Güter und Dienste, die die amerikanische Wirtschaft hervorbringt, von öffentlichen Stellen erworben werden, kann eine Herabsetzung der Bundesausgaben sehr leicht den Beschäftigungsgrad negativ beeinflussen. Kritiker des Regierungsprojektes, insbesondere Professor *Killingsworth* von der Michigan Staats Universität, weisen darauf hin, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit sich nicht durch eine Ankurbelung der Konjunktur beseitigen lassen wird. Dort, wo die erhöhte Nachfrage eine größere Produktion verlangt, werden die Unternehmen diese durch größere Rationalisierung erzielen, statt mehr ungelernete Arbeiter einzustellen; während andererseits der Mangel an gelernter Arbeitskraft eher dazu führen kann, daß die Produktion der Nachfrage nicht nachzukommen vermag und daß dadurch die inflationistischen Tendenzen verstärkt werden.

Eine Reihe von hervorragenden Nationalökonomern wie *Galbraith* haben seit langem darauf hingewiesen, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit nicht durch Investitionen (die sich wiederum auf arbeitssparende Anlagen konzentrieren würden), sondern durch die Ausdehnung des öffentlichen Konsums überwunden werden könne. Die Ausdehnung des öffentlichen Konsums würde beträchtlichen Einfluß auf die gesamte soziale Ordnung haben. Die Rolle öffentlicher Institutionen würde dadurch weiter verstärkt werden, gehen doch bereits heute nach einer Schätzung von Professor *Bertil Ohlin* (Stockholm) im Durchschnitt etwa 36 vH des Bruttosozialproduktes in irgendeiner Form über die öffentliche Hand.³⁾

V

Der Erfolg rein gewerkschaftlicher Mittel im Kampf gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten ist bisher gering gewesen und hat sich im wesentlichen auf eine Milderung des Übergangs beschränkt. Die am meisten betroffene Gewerkschaft — die der Autoarbeiter — erreichte bekanntlich, daß die Unternehmer einen Fonds anlegten, aus dem denen, die entlassen wurden, eine zeitweilige Beihilfe gezahlt wird. Um so wenig wie möglich auszuzahlen, ließen die Unternehmen die Arbeiter oft monatelang nur vier Tage je Woche arbeiten und verringerten dadurch das Einkommen aller. Die Gewerkschaft setzte daraufhin durch, daß für die ausfallenden Stunden den Arbeitern eine Entschädigung gezahlt werden muß. Nunmehr war es im Interesse der Unternehmen, keine Neueinstellungen vorzunehmen, wenn große Aufträge hereinkamen, sondern lieber Überstunden arbeiten zu lassen. Dadurch vergrößerte sich die Zahl der Dauerarbeitslosen. Die Gewerkschaft beabsichtigt nun, bei den nächsten Lohnverhandlungen auf die Zahlung höherer Überstundenlöhne zu drängen, um die Zahl der Überstunden zu verringern.

Der amerikanische Schriftsteller *Harvey Swados*, der in einer Reportage über die Gewerkschaft der Autoarbeiter diesen Wettlauf zwischen Industrie und Gewerkschaft beschrieben hat, kommt zu der Schlußfolgerung:

³⁾ In seinem Referat „Die Rolle des öffentlichen Sektors in der Marktwirtschaft“ auf der Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung im Dezember 1963.

SEBASTIAN FRANCK

„Es ist offensichtlich vernünftig und ethisch, daß die UAW sich für die Abschaffung der Überstunden einsetzt, die gewiß ungerechtfertigt sind in einer Periode, in der trotz neuen Rekorden in der Autoproduktion einige neunzigtausend Autoarbeiter arbeitslos sind. Man muß sich trotzdem fragen, ob dieses Mittel wirklich einige der neunzigtausend Arbeitslosen auf die Arbeitsstätten der großen Drei zurückbringen wird oder ob es nicht auf längere Sicht gesehen den Prozeß der Verdrängung von Arbeitern durch Maschinen beschleunigen wird.“⁴⁾

VI

Unser Hinweis auf das Problem einer Arbeitslosigkeit, die trotz bestehender Auftragskonjunktur bestehen kann, bedeutet keineswegs, daß die Möglichkeit des Nachlassens der Nachfrage nicht ebenfalls zu untersuchen wäre. In einem Referat, das er anlässlich der Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Konjunkturforschung hielt⁵⁾, hat Professor *Böhler* (Basel) darauf hingewiesen, daß die langanhaltende Konjunktur in Europa zum Teil auf Ursachen beruhe, die eher vorübergehender Natur sind — wie der Wiederaufbau- und Nachholbedarf, die Motorisierung der Straße und die Einführung neuer Apparate des täglichen Bedarfs (Kühlschrank, Television usw.). Außerdem dürfe man die Grenzwirkung, die die steigenden Rüstungsausgaben bisher beim jeweiligen Nachlassen der privaten Auftriebskräfte hatten, nicht unterschätzen; diese Ausgaben machten nach seiner Schätzung immerhin 8 bis 9 vH des gesamten Realinkommens der westlichen Industrieländer aus. Selbst wenn man nicht an eine weitgehende Abrüstung in der nahen Zukunft glaubt, so ist eine Reduzierung der Rüstungsausgaben in einer Periode der weltpolitischen Entspannung durchaus im Bereich des Denkbaren, ohne daß die sich daraus ergebenden Probleme bisher genügend durchdacht worden wären.

VII

Die Probleme einer neuen Rationalisierungswelle sind mit den zuvor skizzierten keineswegs alle aufgezählt. Die technischen Mittel, die in ihr die Hauptrolle spielen werden — die elektronischen Apparate — werden, wie Professor *Pollock* voraussieht, „die Struktur der Gesellschaft und die Rolle des Individuums in ihr umgestalten oder entscheidend beeinflussen“⁶⁾. So könnte sich eine Aufsplitterung der Industriearbeiterschaft schon daraus ergeben, daß die elektronischen Großanlagen einer gewissen Arbeitergruppe eine Dauerstellung bieten werden, während eine andere Gruppe der Gefahr der Dauerarbeitslosigkeit ausgesetzt sein könnte.

Von der zunehmenden Verwandlung der Büroarbeit in Maschinenarbeit ist viel geschrieben worden, sie sei hier nur erwähnt. Darüber hinaus beschäftigt sich die amerikanische Wirtschaftspresse mit der Frage, wie weit die Anwendung der Elektronenrechner die Mittelschicht des Management ersetzen wird, weil ja mit deren Hilfe viele Produktion und Markt betreffende Entscheidungen automatisch errechnet werden können. Die Untersuchungen des amerikanischen Gelehrten *Herbert A. Simon* haben ihn zu der Schlußfolgerung geführt: „Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn erklärt wird, daß diese neuen Methoden auf allen Stufen der Unternehmensleitung Veränderungen hervorbringen, die so umwälzend sind wie diejenigen, welche die Maschine für die manuelle Arbeit im Gefolge hatte.“⁷⁾

4) Harvey Swados, *The UAW and Walter Reuther* in *DISSENT*, Herbst 1963.

5) *Neue Zürcher Zeitung*, 31. Mai 1963, Blatt 6.

6) Friedrich Pollock, *Die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Anwendung des Elektronenrechners in der hochindustrialisierten Gesellschaft*, in: *Zeugnisse — Theodor W. Adorno zum 60. Geburtstag*, Frankfurt/M 1963, S. 378.

7) H. A. Simon, *The New Science of Management Decision*, New York 1962, zitiert bei Friedrich Pollock a. a. O.

PROBLEME EINER DYNAMISCHEN WIRTSCHAFT

Es ist wohl nicht von der Hand zu weisen, daß die angeführten Probleme, die sich aus der Dynamik der Wirtschaft der hochindustrialisierten Gesellschaft ergeben, eingehender Erörterung bedürfen. Von solchen Erörterungen könnten Einflüsse auf die staatliche, betriebliche und gewerkschaftliche Politik ausgehen, die wiederum den Gang der Dinge selbst beeinflussen könnten. Gewisse gewerkschaftliche Forderungen wie langfristige Kündigungsfristen für Arbeiter und Entschädigungszahlungen bei Entlassungen könnten, wenn sie in den nächsten Jahren durchgesetzt würden, viele Härten, die eine neue Rationalisierungswelle mit sich bringen würde, mildern. Um mit den Problemen, die der heutigen Wirtschaft der hochindustrialisierten Gesellschaft innewohnen, in der Praxis fertig zu werden, bedürfte es vor allem einer vorausschauenden, umfassenden wirtschaftspolitischen Konzeption. Die Wirtschaftswissenschaft kann sich also über Mangel an Aufgaben nicht beklagen; um aber an deren Lösung heranzukommen, bedürfte sie eines größeren Problembewußtseins und einer Dynamik, die der Wirtschaft, mit der sie zu tun hat, nicht nachsteht.